

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen
füllen die einspaltige Kolonialzelle
oder deren Raum 20 Pf.
Reklamen 60 Pf.

Bezugspreis
monatlich 90 Pf., mit Bringer-
lohn 95 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Dm.
auschl. Bestellgeb.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallenser Zeitung)

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 80.

Samstag, den 12. Juli 1919.

27. Jahrgang

5572/A. Avis!

Le poids maximum des paquets postaux est fixé à 1 kg.

Le poids maximum des colis postaux est fixé à 25 kg à l'intérieur des territoires occupés et entre les territoires occupés et l'Allemagne non occupée, et à 5 kg entre les territoires occupés et les pays alliés ou neutres.

Bekanntmachung!

Das Höchstgewicht der Postpakete ist auf 1 kg festgesetzt, (d. h. der Pakete, die mit Postwertezeichen kennzeichnet werden).

Das Höchstgewicht für Postfrachtmühle ist auf 25 kg innerhalb der besetzten Gebiete und zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland festgesetzt.

Das Höchstgewicht für Postfrachtmühle zwischen dem besetzten Gebiet und den alliierten oder neutralen Ländern ist auf 5 kg festgesetzt.

Wiesbaden, den 8. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

5571/A. Avis!

Par ordre du Général Commandant la Xe Armée, devront être immédiatement saisies tous les exemplaires de la brochure intitulée: "Manuel de conservation galante à l'usage du poilu amoureux" bâtie Brochure beschlagnahmt.

Les déteneurs de ces brochures les apporteront à l'Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) jusqu'au 18. juillet inclus.

Wiesbaden, den 8. Juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Avis!

Bekanntmachung!

Le dimanche 13 juillet en l'honneur de la fête nationale française, une grande retraite aux flambeaux avec le concours des musiques du 3^e régiment d'infanterie et du 173^e R. I. passera devant le Palais impérial de Wiesbaden à 10 heures du soir.

Wiesbaden, le 11. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Das Abkommen über die besetzten Gebiete.

(Légitime Drahtmeldung.)

Am Sonntag, den 13. Juli, abends 10 Uhr, findet zu Ehren des französischen Nationalfeiertages ein großer Fackelzug unter Mitwirkung der Musikkorps des 3. Zuavengen und 173. Inf. Regt. vor dem ehemaligen Kaiserlichen Schloss in Wiesbaden statt.

Wiesbaden, le 11. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

noch besonderer Verständigungen über Einzelheiten bedürfe, um die knappen Bestimmungen des Abkommens in die Praxis umzusetzen. Der Wortlaut des Abkommens lasse zu verschiedenen Auslegungen Raum und habe deshalb in ganz Deutschland schwere Besorgnisse hervorgerufen. Es liege daher im bedeutsamsten Interesse, daß über die Auslegung volle Klarheit geschaffen werde. Unterstaatssekretär Lewald betonte, daß den Bewohnern des besetzten Rheinlandes in der Ausübung ihrer Staatsbürgerschaft Rechte voll Freiheit gewährt und der Personen, Güter- und Nachrichtenverkehr sowohl innerhalb des besetzten Gebietes wie auch zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland von allen Beschränkungen befreit werden müsse, sowie daß endlich eine möglichst weitgehende Erleichterung in den Quartierungslasten einzutreten habe.

Insbesondere gebe die deutsche Regierung auch davon aus, daß nunmehr die Zollgrenze mit der Reichsgrenze zusammenfallen müsse. An der Hand des Abkommens entwickelte Lewald bei jedem Artikel die wichtigsten deutschen Punkte. Der Vertreter Frankreichs erwiderte, daß die hier verhandelte Kommission das Abkommen selbst ausgearbeitet habe, und daher versichern könne, daß sie von dem Wunsche geleitet gewesen sei, die Vaffen für die Bevölkerung des besetzten Rheinlandes so sehr wie möglich zu erleichtern. In übrigen Seilen die vom Vorsitzenden der dualischen Kommission aufgeworfenen Fragen so vielseitig und so schwerwiegender Art, daß eine sofortige Antwort darauf nicht gegeben werden könne. Die Alliierten Regierungen müßten vielmehr in Gemeinschaft mit den Mittelpunkten in weitergehende Beratungen einzutreten und zu jeder der zur Erörterung stehenden Fragen Stellung nehmen. Es schlug deshalb vor, die Verhandlungen erst fortzusetzen, wenn die Prüfung auf Seiten der Bevölkerungsmächte abgeschlossen sei. Es wurde alsdann die Kommission nach Ablauf einiger Tage zu einer neuen Sitzung einzuladen. Der deutsche Vertreter erklärte sich damit einverstanden. Die Kommission wird nach Deutschland zurückkehren und die Verhandlungen ausspielen dazu benutzen, mit den Abgeordneten und sonstigen Sachverständigen aus dem besetzten Gebiet über die Einzelheiten des Abkommens in Beratungen einzutreten.

Zur Friedensfrage.

Vom früheren Kaiser.

Wie das "Niederländische Corr.-Bureau" erfährt, ist an maßgebender niederländischer Stelle nichts darüber bekannt, daß eine Note der Alliierten bezüglich der Auslieferung des Kaisers an die Niederlande abgesandt worden ist.

Nach einer Reuter-Meldung fragte im englischen Unterrathaus George Lambert, ob Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien, um eine Rückkehr des Kaisers nach Deutschland und damit die Möglichkeit weiterer erheblicher Menschenverluste zu verhindern. Bonar Law erwiderte: Alle Schritte, die wir in dieser Richtung für möglich halten, sind ergriffen worden.

Die Blockade.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade die Aufsicht abgeschafft werden, die bisher vom Obersten Wirtschaftsamt ausgeübt wurde. Danach würde es jedem Franzosen freiheitlich, mit den alten Geschäftsmännern und Unternehmen in Verbindung zu treten.

Elsah-Lottringen.

Die Einziehung Elsah-Lotringens in den französischen Staatsverband wird durch einen feierlichen Akt im ehemaligen Ratssaal in Straßburg erfolgen. Als Termin ist der Tag vorgesehen, der die Ratifikation des Friedensvertrages durch das französische Parlament folgt. Der Generalkommissar Millerand leitet die Feier, welcher voraussichtlich auch Clemenceau, Foch und mehrere französische Heerführer, sowie Vertreter der Verbandsmächte bewohnen werden. In einer amtlichen Erklärung wird gesagt werden, daß von diesem Tage an alle in Elsah-Lottringen wohnden, aber auch außerhalb des Landes sich aufhaltenden Elsah-Lotringen als französische Staatsangehörige zu betrachten seien.

Die diplomatischen Beziehungen.

Die französische Regierung ist, wie verlautet, der Ansicht, daß die Ablösung eines deutschen diplomatischen Vertreters in Frankreich nicht möglich ist, bevor das Friedensabkommen in

Wirkung tritt. Wahrscheinlich wird Frankreich vorläufig auch noch nach der Ratifikation des Friedensabkommens in Berlin durch einen Gesandtenvertreter vertreten sein und mit der Errichtung eines Botschafts so lange warten, bis die Bestimmungen des Vertrags durchgeführt sind.

Verhandlungen über das Rheinland.

Unterstaatssekretär Lewald begab sich mit einer Kommission nach Paris, um dort über das Abkommen zu verhandeln. Gleichzeitig reiste die Kommission bei dem Wiederaufbau des besetzten französischen Gebietes ab. An ihrer Spitze steht Unterstaatssekretär Schröder vom Finanzministerium. Die beiden Kommissionen arbeiten getrennt voneinander.

Wann endigt der Kriegszustand?

Wie die "Berliner Volkszeitung" meldet, wird die Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten habe, durch eine Verfügung der Regierung geklärt werden. Bald nach der Ratifikation wird der Reichspräsident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegszustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen werden, weil manche Gesetze noch genügend Zeit nach Beendigung des Kriegszustandes Geltung haben.

Französische Stimmen.

Zur Ratifikierung des Friedensvertrages schreibt das "Viert Journal": Die Nationalversammlung hat sich vor dem Unvermeidlichen gebückt; um die Aufhebung der Blockade zu erlangen, hat man die Erklärung beschleunigt. — Si Vrce meint im "Journal": Die Franzosen sind genügend ausgelaert, um zu wissen, welche Berechnungen der rätselhaften Unterwerfung zu Grunde liegen. — Der "Geschoß" sagt: Es wäre ungern und gefährlich, hinsichtlich der Frage der Durchführung des Friedensvertrags nicht einige Reserven zu machen. Sie sind durch die Tatsache berechtigt, daß 115 Mitglieder der Nationalversammlung gegen das Ratifizieren an gestimmt haben. Das ist eine beträchtliche Minorität, mit der man in Zukunft rechnen muß. Die Alliierten haben auch daran gedacht. Der Beweis hierfür ist die englisch-französisch-amerikanische Militärmision. — Der "Varlois" ist der Ansicht, die Deutschen verzögerten ihre Meidage als ein verschleierte Geiste und wollten die Vergangenheit so schnell wie möglich zu kündigen und die Arbeit raschstens wieder aufzunehmen. — Clemenceau's "Homme Libre" ironisiert Müllers Erklärung: Die beste Politik des Deutschen Reichs sei in diesem Augenblick Ehrlichkeit.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 9. Juli.

Eine auf heute vormittag 10 Uhr anberaumte besondere Sitzung der Nationalversammlung, auf deren Tagesordnung einzig der Punkt "Ratifikierung des Friedensvertrages" stand, wurde von Präsident Rathenbach erst um 10.45 Uhr eröffnet. Laius und Tübener sind stark besetzt.

Von der Deutschen Nationalpartei wurde folgende Entschließung vorgelegt: Die gesetzgebende deutsche Nationalversammlung wolle beschließen, die Nationalräte vorsuntern unter dem ausdrücklichen Vorbehalt: 1. daß vor dem Inkrafttreten der Art. 227 bis 230 von Leitern des Völkerrechts von Rus ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundprinzipien des Völkerrechts zulässig oder läßlich und gerechter ist eschein, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verhöre gegen das Völkerrecht einzurichten und auf vorher noch nicht angedrohte Strafen zu erkennen; 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird. — Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Minister des Innern Müller: Aufrechterhalten bleibt heute und immer unter ehmäßiger Protest gegen diese Vertrag gewordene Bergverfügung. (Leib. Bef.) Aufrechterhalten bleibt aber auch unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußeren. Aber für die Grenzen der Erhältbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf liegen. Wir haben die Ratifikation bestimmt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt wird. Wenn das Vorliegen nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Leib. Bef.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heldung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Helden und dem Papst von ganzem Herzen. (Leib. Bef.) Wir danken dem Heiligen Kreuz. Wir

Gedenkt die Macht, zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerissen wird, der unserem Volke nach Sitten und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhält, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest vertrauen, daß sie uns niemals vergessen und verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit allen Kräften, die uns verbleiben, so ausgestalten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entstehen werden, das Bewußtsein nationale Zugehörigkeit wach bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit in einem wahren Bunde der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achrende Lösung finden. (Lebh. Beif.)

Abg. Räting (Soz.): Mit der Ratifikation fallen die Schranken, die hunderttausenden von deutschen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat und zur Familie versperrt haben. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertriebt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Wie werden wir uns damit anfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herrschaft bringt. Unzerreißbar bleibt das Bündnis mit Österreich und immer bleibt die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einem Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Heilsknappung der Kolonien. Wer unser Volk als den allein schuldigen am Kriege hinstellt, der spricht wissenschaftlich eine Unwahrheit aus. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitalismus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind überzeugt, daß eines Tages sich die Macht der internationalen klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen wird, als der Imperialismus. Dann wird auch das Recht dieses Friedens widerufen werden.

Abg. Spahn (Btr.): Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbündeten christlichen Geistes, sondern er ist das Ergebnis einer bis über den Friedensschluß versetzenden Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern um uns vor Zersplitterung zu retten und um unser Volk und Vaterland vor dem Untergang zu bewahren. Sinnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Traub (Deutschland): Wir sind uns den Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Wedner beschäftigt sich sodann in großer Breite mit den Reden Lloyd Georges und Clemenceaus.

Abg. Dr. Paul (Deutsche Volksp.): Die Deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volk übernimmt. Sollte dieser Frieden jetzt zum Völkerrecht erhoben werden, so werden wir niemals seine Rechtsbeständigkeit anerkennen. Wir lehnen einen solchen heute und immer ab. (Beifall und Händeschütteln.)

Präsident Fehrenbach: Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen. (Widerspruch rechts und Unruhe.)

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Durch unsere Initiative ist die Regierung zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Gelächter im ganzen Hause.)

Abg. Winnig (Soz.): erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens: Die Bestimmungen des Versailler Friedens entstehen in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlagen. Darauf gestützt legen die Abgeordneten des Ostens zugleich im Namen der von Ihnen vertretenen Völker in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig seierlich Verwahrung ein gegen die Beschlüsse des deutschen Ostens. Auch wird der Tag kommen, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird. (Lebh. langanhaltender Beifall.)

Abg. Allekotte (Btr.) legt im Namen der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete die Verwaltung gegen das Unrecht ein, das den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht, desgleichen der Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

Nach einer kurzen Pause wird die Vorlage in zweiter Lesung beraten. Über den Antrag der Deutsch-nationalen entspinnt sich eine lebhafte Debatte, in der die Demokraten der Rechten vorwurfen, mit dem Antrag parteipolitische Ziele zu verfolgen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Deutsch-nationalen abgelehnt. Schließlich wird die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Nachmittag 3 Uhr. Schluß 120 Uhr.

(Nachmittagssitzung)

Am Regierungstisch Bauer, Dr. David, Erzberger und Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die neue Sitzung um 3.25 Uhr.

Die erste Beratung der Steuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Posadowsky (D. Natl.): äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt den aufrüttelnden Ort für die Beratung der Steuervorlage ist.

Sie soll sich doch ursprünglich nur mit der Verhinderung beschäftigen und dann nur Wahlen ausschreiben.

Finanzminister Erzberger: Ständische Kommissionen werden den ersten Willen, an der Sanierung der Finanzen mitzuwirken. Nach dem grundlegenden Gesetz ist die verfassunggebende Nationalversammlung einzutreten, dringende Reichsgesetze zu beschließen. Daß diese aber ist die Sanierung unserer Finanzen. Das Friedensvertrag schafft ganz neue Verhältnisse in Deutschland. Er wird ganz anders sein als diejenigen glauben, die ihn uns aufgezwungen haben. Aus dem jetzigen Frieden, der nicht dauernd ist, wird derzeit der deutsche Nationalstaat erneut. Dieser Richtung wird auch der Finanzminister nicht folgen. Die Steuerwirtschaft ist nicht eine Folge der Revolution, wie Graf Posadowsky behauptet hat. Es sind die besseren Kreise, die die Revolution benützen, um vor Steuer anzutreten. Die bestehenden Kreise haben durch ihrer Vaterlandsliebe ein äußerst trauriges Ende ausgelebt. (Lebh. Beif. links.)

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Von dem Geiste der neuen Zeit ist in dieser Vorlage auch nicht eine Spur zu finden. Lassen kann uns nur eine Sozialisten im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirksam der Allgemeinheit zugute kommt. Geschicht das, dann wird auch für die Arbeiterschaft das Wort gelten: Arbeit und nicht verzweifeln!

Abg. Becker-Hessen (Volksp.): Die steht, wie Herr Erzberger an der Amtsführung Helfferichs, über was schon deshalb unangebracht, weil sie vor der Seite Tribut dieses Hauses einem Manne gegenüber folgte, der sich hier nicht verteidigen kann und mit dem Finanzminister eine sehr ernste Pressefehde ausgetragen hat. Erstaunlich ist, daß der Unterschied zwischen Reich und Einzelstaat über die Ausnutzung der Steuerquellen verschwindet ist. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Eine dieser Steuervorlagen hätte uns allerdings früher vorgelegt werden sollen. Man kann nicht einen solchen Kübel von Steuern über das Volk ausgießen ohne den ganzen Besteuerungsplan der Regierung zu kennen. Das Finanzministerium muß uns einen Plan darüber vorlegen, wie hoch der Gesamtbedarf ist und wie sich diese Deckung dense. Damit schließt die Sprechung.

Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffers (Dem.) an drei Ausschüsse von je 12 Mitgliedern verwiesen. Das noch zur dritten Lesung bestehende Reichssteuergesetz wird an einen Ausschuss verwiesen.

Schluß 8½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

— Tagesordnung; Verfassungsentwurf.

Weimar, 10. Juli.

Die erste Beratung des Verfassungsgesetzes wird bei dem 7. Abschnitt Reichspflege 101–106 fortgesetzt.

Berichterstatter Abg. Dr. Spahn (Btr.): Art. 11 bestimmt: Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Dazu liegt ein Antrag Agnes (U. S.) vor, daß für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht Zuständigkeiten der Volksgerichte verlangt, denen auch die Soldaten unterworfen sind. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind zu unterwerfen.

Staatskommissar Dr. Preuß: Was eine Verbindung überhaupt tun kann, um die Grundlage für die Justiz zu schaffen, das ist hier versucht. Durch Aussetzung der Gerichte an die Leidenschaft der politischen Wahl wird dieses Ziel sicher nicht erreicht. (Beifall.)

nicht. Sein Benehmen mußte ihr schon rechtlich vällig gewesen sein.

Diese Begegnung hatte aber seine Sehnsucht nach Josta nur noch verstärkt. Er rief einen Wagen und fuhr nach dem Atelier, um die Zeichnung zuholen, weil seine Zeit etwas kurz geworden war durch diesen Zwischenfall. Als er dann nach Hause fuhr, mußte sein Wagen die Linden kreuzen. Weil gerade die Pflanze in anderer Richtung passierten, mußte sein Wagen an der Ecke der Friedrichstraße halten. Und da sah nochmals die junge Dame mit den lilastrahlenden Flechten. Ganz dicht vor sich sah er das kleine Mädchen mit dem süßen Profil. Die Fremde sah mit dem schwarzen gekleideten Frau in einem Auto und fuhr zu ihm vorüber.

Als habe sie seinen Blick gespürt, so wandte sie sich zur Seite, und sah ihn mit den großen dunklen Augen an. Sie erkannte ihn wieder. Das leise Schmunzeln huschte wieder um ihren Mund. Aber es war schnell an ihm vorüber. Hätte er gehört, daß die junge Dame mit ihrer Begleiterin sprach, so wäre er wohl noch viel unruhiger geworden. Das Gespräch zwischen den beiden Frauen wurde in englischer Sprache geführt, so wie die Amerikaner in dieser Sprache reden.

Maggie, da sah der junge Offizier in einem Wagen am Straßenübergang, der mich vorhin mit Josta antrieb. Er sah mich auch wieder so seltsam an. Ist das nicht sonderbar?“ fragte die junge Dame, die Josta so ähnlich war.

„Ja, Miss Gladys, es ist sehr sonderbar. Aber es wird sein, wie Sie denken, der Offizier wird ein guter Bekannter sein von Josta von Waldow. Und sie müssen Ihnen sehr ähnlich sein,“ erwiderte die mit Maggie einigerebetete.

Miss Gladys nickte mit glänzenden Augen.

„Du kannst dir wohl denken meine gute Maggie, daß ich nun noch ungeduldiger geworden bin, Josta von Waldow von Angesicht zu Angesicht gegenüber zu stehen. Wenn wir hier in Berlin unsere Einfälle besprechen, hoffe ich Nachricht zu haben, wo sie lebt und wo ich sie finden kann. Dann reisen wir jogleich ab. Weißt du meine gute Maggie, daß ich am liebsten den jungen Offizier nach ihr gefragt hätte?“ (Fortsetzung folgt.)

rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

76)

Nachdruck verboten.

Dann erhielt er, zwei Tage vor seiner Abreise nach Ramberg, Jostas Brief. Er enthielt nur wenige schwesterliche Worte. Über dieser Brief versteckte ihn doch in einen Rausch des Entzückens. Dass sie nur an ihn gedacht hatte, machte ihn selig. Er bedeckte das tote Papier mit seinen Küschen. Es schien ihm lebendig geworden, dadurch, daß ihre Hand darauf geruht hatte. Und auch diesen Brief barg er nun mit Spitzentuch auf seinem Herzen. Am nächsten Vormittag machte er sich selbst auf den Weg nach dem Atelier, um die Zeichnung für Josta abzuholen. Er war ihm ein lieber Gedanke, sich für sie bemühen zu dürfen.

Auf seinem Wege mußte er die Linden passieren. Und da sah er plötzlich vor sich eine schlank junge Dame gehen. Sie trug ein hellblaues, elegantes Straßestück und schritt leicht und elastisch aus.

Graf Henning zuckte zusammen und sah mit großen Augen hinter dieser vornehmnen, schlanken Erscheinung her. Wie gebannt hing sein Blick an den kleinen, lilastrahlenden Flechten, die unter dem kleinen, modernen Strohhut hervorquollen.

„Das ist doch Josta!“ dachte er. Aber dann lachte er sich selbst aus. Und doch folgte er der Dame jetzt mit schnellen Schritten, um sie einzuholen. Seine Blicke hingen wie gebannt an ihr. Das war Jostas schlank Gestalt, war ihre Art, zu gehen, den Kopf zu halten, und es war genau ihre Haarsfarbe ihr starkes, lippiges Haar.

„Konnte es nicht dennoch möglich sein, daß sie überraschenderweise nach Berlin gekommen war, vielleicht um Einfälle zu machen?“

Immer schneller schritt er aus und hatte die Dame fast erreicht, als sie plötzlich vor einem Schauensfenster stehen blieb. So wandte sie ihm ihr Profil zu. Ein feiner, weißer Schleier verhüllte das Gesicht nur wenig.

Ja — es war Josta. — Das Blut stieg ihm in jähre Glückseligkeit zum Herzen. Schnell trat er neben sie.

„Josta — liebe Josta!“ rief er mit erregter, freudiger Stimme. Und in seinen Augen leuchtete es auf. Die junge Dame wandte ihm voll ihr Gesicht zu — Graf Henning trat mit einer Entschuldigung enttäuscht zurück.

Wohl waren es auch Jostas dunkle Augen, die ihn anblickten aus diesem Mädchengesicht, wohl waren ihre Züge auch ganz ähnlich, aber Josta war es nicht, es war eine fremde junge Dame, vielleicht noch einige Jahre jünger als Josta.

Die Fremde sah den jungen Offizier überrascht an. Es war, als wollte sie etwas sagen; ihr Blick hing eine Weile an seinen Augen, und ein schelmisches Lächeln umspielte ihren Mund. Graf Henning strich sich über die Augen. Dies Lächeln mit dem kleinen, winzigen Grübchen neben dem feingezeichneten Mund — das war wie ein niedriger Sput — es war Jostas Lächeln. Es brachte ihn vollends aus der Fassung.

Die junge Dame gab sich jedoch, ohne zu antworten, einen Ruck und ging schnell weiter.

Graf Henning starnte ihr nach wie einer Traumgestalt.

„Ich glaube, ich habe Halluzinationen“, dachte er fassungslos, „oder Josta hat eine Doppelgängerin.“

Endlich ermannte er sich und ging weiter — langsam hinter der jungen Dame her. Er tat das fast willenslos, und seine Augen ließen nicht von der großzässig auschreitenden jungen Dame.

Dicht am Pariser Platz verschwand die Dame plötzlich in dem Portal eines großen, vornehmen Hotels. Graf Henning ging noch ein Stück weiter, lehrte aber dann um und ging nochmals an dem Hotel vorüber. Wie magnetisch angezogen, sah er in das Vestibül des Hotels hinein. Und da sah er die junge Dame neben einer älteren Frau stehen, die ein schlichtes schwarzes Gewand trug und einen schwarzen, haubenartigen Hut, ähnlich, wie ihn Hausangestellte zu tragen pflegten. Sichtlich war diese Frau eine Untergebene; sie stand in bescheidener Haltung vor der jungen Dame, die eifrig mit ihr zu reden schien. In Gedanken verloren, ging Graf Henning weiter. Er hätte gern noch einmal in die Augen der jungen Dame geblickt; aber sie sah nicht auf. Stehen bleiben, bis sie auffaßt, wußte er

Nach lebhafter Debatte wird Artikel 101 unter Abstimmung des Antrages Agnes (U. S.) in der Ausschüttung angenommen. Artikel 102 Ernennung der Richter auf vereinzelte. Zulässigkeit der Festlegung einer Altersgrenze für Richter durch die Landesgesetzgebung wird ohne Erörterung angenommen.

Artikel 103 bestimmt: Ausnahmegerechte sind unstatthaft. Niemand darf seinem geekelten Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgericht und Standgerichte werden hierzu nicht berührt. Artikel 104 bestimmt, die Militärgerichtsbarkeit ist aufzugeben außer für Kriegszeiten. Das Rätere regelt ein Reichsgesetz.

Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen die Erziehung dieser beiden Artikel in Konsequenz ihres Antrages wegen der Volksgerichte. Die Sozialdemokratie Bauer und Genossen beantragen die Militärgerichtsbarkeit ist aufzugeben (statt ist aufzugeben).

Abg. Gröber (Btr.) beantragt zu Artikel 103 einen Zusatz: Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben und in Artikel 104 die Einschaltung, daß die Militärgerichtsbarkeit auch auf die Verhältnisse an Bord beziehen bleibt. Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz in der größten Beschleunigung einzubringen. Die Ratsoberhauptung muß erklären, daß sie keine Bedrohung mehr haben will, die daraus achtet, daß die Zuständigkeit des Zwecks gewahrt wird.

Kriegsminister Reinhardt: Es ist beabsichtigt, eine Disziplinarstrafe für das Heer neu einzurichten. Es wird also genügen, wenn das Haus in irgendeiner Form den Wunsch ausspricht, daß die militärischen Ehrengerichte nicht wieder ausleben.

Reichswehrminister Rose: Die Militärgerichtsbarkeit sofort aufzugeben, ist unmöglich. Es muß eine gewisse Übergangszeit gelassen werden. Die Regierung gibt die Versicherung, daß diese Übergangszeit so kurz wie irgend möglich bemessen sein soll.

Abg. Falk (Dem.): Wenn die Regierung erklärt, sie könne die Militärgerichte vorläufig nicht entbehren, so müssen wir bei dem Kompromiß bleiben. Kriegs- und Standgerichte sind keine Militärgerichte; jene sind heute ungültig.

Abg. Gräfe (D. Part.): Im allgemeinen haben die Kriegsgerichte milde und wohlwollend gerichtet. Sie dienen durch die neue Verfassung nicht befürchtet werden. Die Reform der Militärgerichtsbarkeit halten auch wir für nötig.

Abg. Graf zu Dohna (D. Part.): Die militärischen Ehrengerichte dürfen nicht aufgehoben werden, weil sie zur Aufrechterhaltung des Ehrgefühls im Heere notwendig sind.

Abg. Davids (Soz.): stimmt dem Antrag des Abg. Gröber auf Aufhebung der militärischen Ehrengerichte zu und zieht im Vertrauen auf die Zusage, daß das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit größter Beschleunigung kommt, den Antrag seiner Partei zurück.

Abg. Dr. Delbrück (Deutschland.): Ich warne ernstlich vor der Besiegung der militärischen Ehrengerichte. Das wäre ein Ausnahmegebot gegen den Offiziersstand, da auch die Anwälte, Ärzte und andere Stände Ehrengerichte haben.

In der Abstimmung wird Artikel 103 mit dem Antrag Gröber angenommen.

Artikel 104 wird mit einem Antrag Gröber (Aufschaltung der Militärgerichtsbarkeit auch an Bord) angenommen. Ebenso wird die Entschließung des Ausschusses angenommen. Damit ist der Abschnitt der Rechtsfrage erledigt.

Aufsichtszeitung Freitag vormittag ½ 10 Uhr. — Tagesordnung: Kleine Anträge und Verfassungs-Entwurf. — Schluß ½ 8 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

* Über die Lage im Reichswirtschaftsministerium verlautet von zuständiger Stelle, daß ein Abschiedsgesuch des Reichsministers Wissell vorliege, und daß auch über die Persönlichkeit seines etlichen Nachfolgers nichts bestimmtes gesagt werden kann. Sicher ist, daß die Mehrheitssozialisten den Posten des Reichswirtschaftsministers für sich beanspruchen, und daß das Kabinett auch entschlossen ist, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Mit aller Bestimmtheit wird einer betont, daß ein etwaiger Personalwechsel im Reichswirtschaftsministerium nicht dahin aufgefaßt werden dürfe, als ob nunmehr einer freien Wirtschaftspolitik, wie sie mit dem Begriff Manufaktur gekennzeichnet wird, Tür und Tor geöffnet werden solle. An einer strengen Überwachung der Ein- und Ausfuhr werde auf jeden Fall festgehalten werden; eine Anzahl Einfuhrverbote würden bestehen bleiben oder erlassen werden. Ein Hauplangenwerk werde die gleiche Richtung darauf richten, daß die deutscher Industrie stattfinde, und daß lebenswichtige Industrien vor den Luxusindustrien mit Rüststoffen bedacht würden. Der leitende Gedanke unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik sei und bleibe der, für austriatische Arbeitsschaffung in Deutschland zu sorgen und die Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Fertigwaren zu verhindern.

* Wie nunmehr feststeht, wird der Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919 sein. Dieser späte Zeitpunkt ist gewählt worden, um einmal die Vermögensverluste infolge des Krieges und der Revolution zu berücksichtigen und andererseits nicht nur die Kriegsgewinne, sondern auch die Revolutionsgewinne fassen zu können.

* Der bisherige Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Stefon Mössle ist zum Unterstaatssekretär in demselben Ministerium ernannt worden. Sein Nachfolger auf dem Posten des Ministerialdirektors ist Geheimrat Bapf, bisher gleichfalls im Finanzministerium.

Deutsch-Oesterreich und Ungarn.

Der österreichische Staatssekretär Bauer ließ durch die österreichische Gesandtschaft in Budapest dem ungarischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten

eine Note überreichen, in der es heißt, die österreichisch-ungarische Regierung sehe sich in Anbehandlung der Machenschaften einiger der ungarischen Gesandtschaft zugedachten Organe und mit Rücksicht auf die Erhaltung freundlichkeitsbedingter Beziehungen veranlaßt, mitzutun, daß der gegenwärtige ungarische Gesandte in Wien der deutsch-österreichischen Regierung nicht mehr genehm und um die Ernennung einer Persönlichkeit zu bitten, die mit den belästigenden Vorfallen der jüngsten Zeit nicht belastet und geeignet ist, ein für das freundlichkeitsbedingte Verhältnis beider Staaten günstliches Wirken zu entfalten.

Allerlei Nachrichten.

Vom Großherzog von Oldenburg.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem früheren Großherzog Friedrich August ist jetzt dadurch ihren Abschluß gefunden, daß er den vom Landtag genehmigten Vertrag ablehnt. Die Zahlung der Jahressumme von 150 000 Mark unterbleibt, dagegen behält der Großherzog die Gemäldegalerie. Die Übernahme derselben auf den Staat für 5 Millionen Mark ist abgelehnt. Nun wird die Galerie verkauft, sie hat nach Schätzung von Kunsthistorikern einen Wert von 15 Millionen Mark. Es sind bereits Kaufliebhaber aufgetreten. Die Sammlung geht wahrscheinlich in die Hände amerikanischer Finanzleute über. Der Großherzog hat überhaupt auf Rente verzichtet, so daß kein Prozeß mehr entsteht.

Marsch der Roten Armee gegen Wien.

Wie die Wiener Blätter melden, werden auf den von Ungarn noch Friede mit Österreich führenden Straßen seit einigen Tagen Teile der Roten Armee zusammengezogen, die aus der Slowakei kommen und durchaus verlässliche Anhänger des Regimes Vlakun sind. Besonders in Altenburg nordöstlich des Neusiedler-Sees, ständen vier bis fünftausend Mann Roter Truppen zum Einsatz in Niederösterreich bereit. Es sei offensichtlich, daß diese Truppen gegebenenfalls zum Marsch gegen Wiener-Neustadt und Siebold dienen sollten.

Die Unruhen in Italien.

Aus mehreren Städten Oberitaliens wird ein Wiederanfang der Teuerungskämpfe gemeldet. Nach Mailänder Nachrichten sind die Verhandlungen bei den tödlichen Arbeitskämpfen mit den Behörden und Geschäftsführern gescheitert. Für Rom ist der sogenannte Gesamttauschstand beschlossen worden. Gang zu Fuß ist von der Bewegung ergriffen, wo laut Avanti bereits Truppen zusammengezogen werden. Auch in Sizilien mehren sich die Ausstände.

kleine Meldungen.

Dresden. Infolge des Ausstandes der Arbeiter in den sächsischen Kohlengruben ist die Einschaltung des gesamten Eisenbahnverkehrs notwendig. Der Güterverkehr ist bereits eingestellt, der Personenverkehr wird jedesmal in Kürze eingeschaltet. Nach einer späteren Meldung ist es gelungen, die Buntstoffsacken vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren. Der Streit im Lugau-Oelsnitzer Steinlochberg und im Zwieslauer Revier ist beigelegt. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken wird der Güterverkehr voraussichtlich wieder in Fluß kommen. Die Einstellung des Personenerverkehrs wird wahrscheinlich vermieden werden können. Ob die Einführung des Sommersfahrplans möglich ist, steht noch dahin.

Berlin. Verschiedene Blätter haben die Nachricht gebracht, daß der frühere Reichsminister Graf Brodorff-Schönau zum Nachfolger des Botschafters Grafen Wedel in Wien in Aussicht genommen sein sollte. Von unterrichteter Seite wird dem Post-Bureau mitgeteilt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

Berlin. Die Frage der größeren Selbstständigkeit Österreichiens ist, wie verschiedene Blätter melden, durch eine Vereinbarung erledigt worden.

Berlin. Auf den energischen deutschen Funkspuren gehätschelte die Entente nunmehr die Schiffsbewegungen, die zum Abtransport der Deutschen aus Riga und zur Flämung des Baltikums von deutschen Truppen nötig sind.

Berlin. Der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet aus Aachen: Die belgischen Besatzungsstruppen sind am 6. Juli von französischen abgelöst worden.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 12. Juli 1919.

** Die Ortskommandantur befindet sich wieder im Schloß, Eingang Luisenstraße 7. Das Büro ist geöffnet: vorm. von 9—10½ Uhr, nachm. von 2—4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Jeder, der ein Anliegen an die Kommandantur hat, muß sich vorher mit einem Ausweis im Bürgermeisteramt versehen.

** Die Kontrollversammlung der Demobilisierten findet wie üblich statt.

** Nach Beendigung des Kurses hielt der Tanzkurs der Frau Julia Kuppel am letzten Samstag im Saale des „Deutschen Kaiser“ seinen Schlussball ab, wozu sämtliche Angehörigen der Tanzschüler eingeladen und nahezu vollzählig erschienen waren. Der Saal war insgesamt gut besetzt, ein Beweis, daß die Lehrkraft der Frau Kuppel hier allen Anklage gesunden hat. Die vorgeführten Tänze rechtfertigten dies in vollstem Maße. Auf vielseitige Veranlassung wurde eine Geldsammlung veranstaltet, die unseren demnächst heimkehrenden Kriegs-

gesangenen zugute kommen soll. Als äußeres Zeichen der Anerkennung überreichten die Tanzschüler ihrer Lehrerin eine silberne Obstschale. Durch das gelungene Zusammenwirken der gesamten Darbietungen wurde die Stimmung eine sehr angeregte, so daß man es bedauerte, daß die zur Verfügung gestellte Zeit eine nur kurze war. Die vorgeführten Leistungen der Tänzerin sel. Billi Lu aus Mainz fanden ganz besonderen Beifall.

* Forderungen der besetzten Gebiete an das Reich. Eine Anzahl von Abgeordneten der Rheinländer hat in der Nationalversammlung verschiedene Anträge über die feindliche Besetzung eingebracht. In ihnen heißt es u. a.: Gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages ist die linke Rheinseite mit den Truppen der Entente bis zum Friedensschluß belegt. Diese Besetzung wird noch andauern. Die Truppen liegen zumeist in Bärgquartieren; dadurch erwachsen der Bevölkerung und den Gemeinden hohe Quartierlasten; außerdem finden Requisitionen für Heereszwecke statt. Die Besetzung bringt auch allerlei Sachbeschädigungen mit sich. Alle diese Lasten und Schäden (Quartierlasten) sollen durch das Reich abgelöst bzw. ergänzt werden. Bislang ist aber keine genaue Feststellung der Lasten und Schäden erfolgt und erst recht keine Vergütung gewährt worden. Die Gemeinden haben teilweise aus ihren Mitteln an die Belasteten Vorschüsse geleistet; weil aber diese Gemeindevorschüsse von der Reichsregierung nur langsam oder noch gar nicht zurückgestattet werden, können die Gemeinden Vorschüsse nicht mehr leisten.

* Hinweis. Heute abend findet eine Versammlung des Gesangvereins „Eintracht“ im Restaurant „zur Rheinlust“ statt.

* Neue Sonntagszüge Wiesbaden-Mainz. Zwischen Wiesbaden und Mainz sind neuerdings zwei Zugpaare eingelegt worden, die Sonntags verkehren, und zwar Wiesbaden ab 8.15 und 10.00 Uhr nachmittags, Mainz ab 2.15 und 7.30 Uhr nachmittags.

* Massauische Kriegsversicherung. Die Abrechnung für die Massau-Kriegsversicherung und die Feststellung der fälligen Leistungen sollen bedingungslos nach 3 Monaten nach Friedensschluß erfolgen. Die Direktion der Massauischen Landesbank in Wiesbaden macht daher im Anzeigentext dieses Blattes bekannt, daß die bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch nicht angeduldigen Hinterbliebenen von Gefallenen und versicherten Kriegsteilnehmern die größten Unteiltheine mit Sterbeurkunde umgehend einsenden sollen. Wir verweisen auf die Bekanntmachung.

* Die Abführung der Arbeitgeberanteile an die Erbschaftskassen. Die Nationalversammlung hat am 24. Juni 1919 ein Gesetz verabschiedet, das am 29. Juni in Kraft getreten ist; danach haben die Arbeitgeber ihr Beitraganteil zur Krankenversicherung ihrer in Erbschaftskassen verschwierten Angestellten und Arbeitern ab 29. Juni nicht mehr an die gesetzlichen (Orts-, Betriebs- und Innungs-) Krankenkassen, sondern unmittelbar an die berechtigten Erbschaftskassen zu zahlen. Das neue Gesetz hebt also den § 13 der Regierungsverordnung vom 3. 2. 19. auf, nach dem der Arbeitgeberanteil für Erbschaftskassenmitglieder bekanntlich den gesetzlichen Kassen zur freien Verfügung verbleiben sollte.

* Ein Raucherstreik ist in Wiesbaden von einer Anzahl passionierter Raucher angezettelt worden. Vier lange Wochen wollen sie auf den gewohnten Genuss verzichten, um auf diese Weise gegen die fortgelebte Preissteigerung und Verschlechterung aller Tabakfabrikate zu demonstrieren. Sie hoffen, daß alle Raucher das Gleiche tun werden. — Ach du lieber Gott! Wie werden diese Optimisten enttäuscht werden!

* Schwarz-rot-gold. Schwarz ist die Zukunft; rot ist die Gegenwart; golden war die Vergangenheit.

* General Mangin Großkreuz der französischen Ehrenlegion. Dem Kommandierenden General der französischen 10. Armee General Mangin wurde das Großkreuz der französischen Ehrenlegion (die höchste Ordensauszeichnung Frankreichs) verliehen und durch Marshall Foch, dem Generalissimus der alliierten Armeen zu Koblenz überreicht. Nach dem „Journal“ vom 9. Juli besagt das Dekret in Würdigung der Verdienste des Generals: Als Armee-Kommandant, haben ihm ein besonderer Geist der Entschlossenheit und eine unbezwingliche Tapferkeit gestattet, die fruchtbaren Ergebnisse zu erzielen. Nachdem er im Juni 1918 als Kommandant eines Armeekorps großen Anteil an der Verteidigung der Gegend nordwestlich von Compiegne genommen, hat er an der Spitze einer Armee vom 18. Juli bis zum 26. Oktober 1918 eine Reihe von Angriffaktionen ausgeführt, die die Befreiung von Soissons und von Laon herbeigeführt und die Era der großen Erfolge der Ententeheere eingeleitet haben.

* Herborn. Zwischen der hiesigen Station und Burg wurde der Bauunternehmer Gries aus Herborn bei der Besichtigung von Bahnerweiterungsarbeiten von dem Gießen-Siegener Schnellzug übersfahren und getötet.

Landwirte führt Buch.

Die Beziehungen sind gegen früher gänzlich verändert. Es ist gar sehr schön, wenn man in Bauerngeschichten von einem lernigen Bauer des alten Schlaes liest, der andauernd schwippt über den modernen Hirtenz, der geschworen hat, nie mit der Eisenbahn zu fahren, nie den neuartigen Kunstdünger zu gebrauchen etc. Aber damit kommt man nicht weiter, sondern man muß schließlich dabei zugrunde gehen. Denn unter den heutigen Beziehungen ist es gar nicht mehr möglich, daß man sich von allem abschließen und nur

pr sich allein und nach seinem Gutdunken leben wollt. Gewiss, in früheren Zeiten ging das. Das ging alles zur Zeit der sogenannten Naturalwirtschaft. Damals wurde in der eigenen Wirtschaft so ziemlich alles selbst erzeugt, was man zum Lebensunterhalt brauchte, auch die meisten Handwerksarbeiten wurden durch eigene Kräfte verrichtet. Und was man wirklich von außen brauchte, das zahlte man nicht mit Geld sondern hat es gegen Waren, gegen Naturalien eingetauscht. Die Abgaben wurden in Naturalien geleistet, die eigenen Arbeiter in Naturalien entlohnt. Aus diesen Gründen führt jene Zeit den Namen der Periode der Naturalwirtschaft. Diese Naturalwirtschaft ist aber heute abgelöst worden durch die Geldwirtschaft. Heute muss alles in Geld bezahlt werden, die Abgaben, die Löhne, die Steuern, die fremden Bedarfsartikel, die heute zu dem gegen früher bedeutend zahlreicher geworden sind. Die Landwirtschaft ist am längsten in diesem Aufstande der Naturalwirtschaft verblieben, während Handel und Gewerbe schon früh mit der Geldwirtschaft verhüpft waren. Der Handel und das moderne Gewerbe, die Industrie, waren nämlich von vornherein eigentliche Gewerbe wirtschaft oder Unternehmungen, die ihre Betriebsmittel mit Geld bezahlten, ihre Produkte gegen Geld abschickten und dabei einen Überschuss zu erzielen suchten. Hierbei ist ein Spekulieren, ein Rollieren und Rechnen unumgänglich notwendig.

Diese Notwendigkeit ergab sich im Laufe der Zeit auch für die Landwirtschaft. Das Rechnen wurde auch für die Landwirtschaft notwendig. Früher waren die Produktionskosten noch gering, solange noch extensiv gewirtschaftet wurde. Die Steigerung der Bedürfnisse erforderte mit der Zeit aber auch eine Steigerung der Produktion. Zu diesem Zweck musste der Betrieb intensiver gestaltet werden, d. h. es musste mehr Kapital und mehr Arbeit zur vorteilhafteren Ausnutzung des Bodens angewandt werden. Damit stiegen naturgemäß auch die Produktionskosten zuerst bedeutend mehr als die Erträge. Man hatte nämlich geglaubt, daß jede Steigerung der Intensität, jeder höhere Aufwand auch einen um so höheren Ertrag bringen würde. Das war irrtümlich. Man wurde darauf aufmerksam gemacht, und man begann jetzt zu rechnen, auf welche Weise günstige Erträge erzielt werden könnten. Aber immer war dieses Bedürfnis zum Rechnen bei allen noch nicht so dringend. Denn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte standen zu hoch, Arbeitskräfte waren noch reichlich und billig zu haben, die Lebenshaltung auf dem Lande erforderte selbst nicht viel. Das alles wurde geändert im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts.

Von einer Konkurrenz in landwirtschaftlichen Produkten war früher nicht die Rede. Sowohl die Produktion wie der Konsum vollzog sich in einem engbegrenzten örtlichen Gebiet. Ein Absatz auf höhere Entfernung war wegen des Mangels an billigen Verkehrsmitteln nicht möglich. Mit dem Ausbau dieser Verkehrsmittel, mit der Schaffung billiger Transportmittel und mit dem Fortschreiten der Weltmarktbildung machte sich auch die scharfe Konkurrenz des Auslandes fühlbar. Jetzt heißt es rechnen, will man nicht der Konkurrenz unterliegen.

Ein denkender Landwirt paßt sich rechtzeitig der neuen Zeit an. Jeder Landwirt muß eine Buchführung haben, die nach Jahr und Tag Auskunft über jede Einnahme oder Ausgabe gibt und die am Jahresende eine Übersicht über den Stand der Wirtschaft ergibt. Nur nicht denken, es ist bis jetzt ohne den Geschäftsbuch gegangen und es wird auch noch weiter so gehen. Die gute, alte Zeit ist — Gott sei's gelobt — für immer dahin.

Ruf nach ideellen Lebenswerten.

Das grausigste Bild bietet ein Volk, das der Matrie, dem sinnverwirrenden Tumult des Geldverdienstes und des Genusses, verfallen ist. Da denkt man an Schillers Worte von der erhabenen Vernunft, der Himmelschter, die dem wildgewordenen Pferd des Überwitzes an den Schwanz gebunden, dem Verderben entgegenstellt. Der Überwitz aber, der durch den Krieg entfesselt wurde, und jetzt als sonniglich seine Orgien feiert, heißt: "Wir sind auf Erden, um Geld zu verdienen und um Pläster vom Leben zu haben."

Ist dann niemand mehr mächtig, diesem Überwitz zu steuern? Wo ist dann unsere Fami lie? Wie kommt sie so sehr den Eindruck auf das heranwachsende Geschlecht verlieren, wie wir es täglich beobachten? Ist sie denn keine Lebensgemeinschaft mehr, keine Gemeinschaft der Verantwortung, der Sorge, der Pflicht und der Liebe? Haben denn die Mütter kein lebendiges Gewissen mehr für ihre Kinder, daß sie sterben möchten für sie? Hat niemand unserem jungen Volke gesagt, daß es sich verwüstet und verschandelt für die wunderbarsten und schönsten Aufgaben des Lebens, indem es Schönheit und Lebenskraft zu Mitleid trägt, statt sie für seine Aufgaben zu versparen? Wo seid ihr, Pfleger der Familie? Seid ihr verstummt? Wicht ihr nicht mehr, was ihr sollt?

Und wo sind unsere ersten Jugendorganisationen, unsere Turnerschaft, unsere Fußball-Spielverbände? Haben sie unserer Jugend nichts mehr zu sagen oder zu geben an Ideen? Wo sind jene, die früher das große Wort führten in Jugendpflege, in Schule und Blechmusik? War es ihnen am Ende nicht so sehr um die Jugend und ihr Reisewerden zu tun? Wo bist du, Jugend, die erklärt, sie wolle keinen Vormund mehr, sie sei mündig? Ist das Mündigkeit, dieses Dummenjungen- und Blagenwerk, das du treibst?

Nein, nein, so gebt es auf die Dauer nicht weiter. Ein Volk, das seine Hand nach der Freiheit ausgestreckt und seinen zwanzigjährigen die Freiheit der politischen Mitverantwortlichkeit entzweigt hat, und das nun des öffentlichen Ernstes unmangelt, die Größe seiner Aufgabe und Verantwortung zu obnen, ein solches Volk kann die Freiheit nicht behaupten.

Soll ich denken, daß wir wiederum in die Unfreiheit zurückfallen? Das dem deutschen Volke eine Periode der Verflüssigung bevorsteht? Fast fürchte ich es. Werdet frei, ihr Jungmänner und Jungfrauen; schüttelt das Foch des Materialismus endlich mal von euch ab! Werdet ernste, verantwortungsfreudige Menschen, damit ihr fähig werdet, Träger der Zukunft zu sein und nicht Verküster eines Volkes!

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Ortskommandantur befindet sich wieder im Schloß, Eingang Luisenstr. 7.

Das Büro ist geöffnet:

vorm. v. 9—10½ Uhr
nachm. v. 2—4 Uhr

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Jeder, der ein Anliegen an die Kommandantur hat, muß sich vorher mit einem Ausweis im Bürgermeisteramt versehen.

Der Ortskommandant:

Delbos.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche in der Zeit vom 1. Mai bis 16. Juni 1919 Einquartierung gehabt, wollen die Entschädigung hierfür am Dienstag, den 15. Juli 1919 vorm. von 8—12 Uhr auf der Gemeindekasse in Empfang nehmen.

Betr. Kontrollversammlung.

Die Kontrollversammlung der Demobilisierten findet wie üblich statt.

Als gesund ist gemeldet:

1 Bund Schlüssel.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 12. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Der verehrten Einwohnerschaft Schiersteins zur gesetzlichen Nachricht, daß ich die

Wirtschaft

Wilhelmstraße 58

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, die werten Gäste in jeder Weise zufriedenzustellen.

Zum Ausschank gelangt

Wormser Apostelbräu.

Hochachtend

J. v. Wilhelm Schmidt.

Herren-Sommer-Kleidung.

Eleganter Sommerpaletot Mk. 395
echt englisch, reine Wolle, wasserdicht

Herren-Waschanzüge . . . Mk. 60.. 67.

Waschjoppen . . . Mk. 35.. 48.. 55.. 78.

Lüster-Sacos . . . Mk. 40.. 48.. 60.. 80.. 95.

Rohseide u. helle Saccos Mk. 35.. 48.. 65.

Jünglings- u. Knabengrößen entsprech. billiger

Eleg. Damen-Regenmantel Mk. 325.. 345.

echt englisch, la Gummi

Eleg. Damen-Regenmantel und -Jacken

la Seide Mk. 195.. 295.. 395.

Bruno Wandt, Wiesbaden,

Kirchgasse 56.

Fahrplanänderung.

Vom 11. Juli ds. Js. ab werden die zwischen Wiesbaden verkehrenden Schnellzüge 1.—3. Klasse D 147/148 wie folgt über Mainz Hbf. geleitet.

D 147.		D 148.
9 ⁰⁰ vorm. ab	Saarbrücken	an 6 ¹⁵ nachm.
11 ⁴⁰ " "	Bad Kreuznach	" 3 ¹⁵ "
12 ²⁰ nachm. an	Mainz Hbf.	ab 2 ¹⁵ "
12 ²⁵ " ab	Mainz Hbf.	an 2 ¹⁵ "
12 ⁴⁵ " an	Wiesbaden	ab 2 ¹⁵ "

Der seihere Ausenthalt der Züge in Mainz Mombach fällt weg.

Mainz, den 10. Juli 1919.

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 9. Juli 1919 durch die Interalliierte Kommission der Feldbahnen der Rheinlande.

Schulranzen

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offenbart als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10
Reparaturen.



Betr. Blumenkohl

Herrn Wilhelm Wettstein, dem der Preis von Mr. 3,50 für einen Blumenkohl zu teuer ist, lade ich ein, in meine Gärtnerei zu kommen, wo er mir den Blumenkohl billiger erhalten kann. Von wird ihm zugleich auch die Gelegenheit geboten, meine Gärtnereianlagen zu besichtigen; das scheint doch wohl allein den Zweck seines Ausschreibens gewesen zu sein.

Joseph Martin
Gärtner.

Geschäfts-Verlegung

Der werten Nachbarschaft und Freundschaft zur Nachricht, daß ich mein

Obst- und Gemüsegeschäft
von der Thielers-Privalstraße 4 nach der
Wilhelmstraße 58 verlegt habe.

Das mir bisher geschenkte Wohlwollen bitte ich auch weiterhin übertragen zu wollen.

Frau Anna Sattler.

Nassauische Kriegsversicherung.

Die Abrechnung für die im August 1914 erledigte Nassauische Kriegsversicherung soll bedingungslos 3 Monate nach Beendigung des Krieges (d. h. 3 Monate nach Friedensschluß) erfolgen. Es werden daher bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche rückständigen Hauptlebenden von gefallenen (sofern und verschollenen Kriegsteilnehmern aufgesordnet, die lösten Anteilscheine mit der großen standesamtlichen Sterbeurkunde umgehend an uns einzusenden.

Sobald Empfangsbericht erhältlich nach Eingang Scheine und nach Anerkennung deren Gültigkeit Bestätigungsliste über die vollzogene Vormerkung, so daher die gelösten Scheine bereit eingesandt und Bestätigungsliste erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Das Ergebnis der Abrechnung und die Höhe jeweils fälligen Leistung wird jedem Empfangsbericht nach der Abrechnung mitgeteilt.

Wiesbaden.

Direktion der Nassauischen Landesbank
(Abteilung: Kriegsversicherung.)

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.
Sonntag, den 13. Juli ab 8½ Uhr Wilhelmstr. 25
Prediger: Herr Urban

Berreif
bis 22. Juli.
Rudolf Hause
Dentist.

Klavierunterricht
schnelllern. ext. Musikkreis aus Berlin Näh. b. H. Zehn,
Vieblicherstr. 3 I.

Bett
und m. breite Stühle zu kaufen.
Ch. Sieger
Wilhelmstr.

Schuh
suche sofort 10—15
Dickwurzplantz
Gärtnerie Maria
Wiesbadenerstr.